NRW DGB

ARGUMENTE GEGEN RECHTS-POPULISTEN

nrw.dgb.de

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISTEN

NRW DGB

Wir wissen, dass AfD, Pegida und anderen Rechtspopulisten nicht nur durch Argumente beizukommen ist.
Wir wissen auch, dass nicht alle Wählerinnen und Wähler der AfD Rassisten und Rechte sind.

Wir stellen den Positionen und Forderungen der Rechtspopulisten gewerkschaftliche Positionen
und Argumente entgegen.

Im Rahmen der Programmdiskussion ist damit zu rechnen, dass die AfD ihre jeweiligen Positionen verändert,
je nachdem, was sie für aussichtsreich hält. Dies ist ein typisches Zeichen für populistische Parteien
und macht es den Wählerinnen und Wählern unmöglich zu wissen, was sie überhaupt wählen.

Hinweis: Zitate werden im Original – einschließlich etwaiger Fehler – übernommen.

ARGUMENTE
GEGEN RECHTS-
POPULISTEN

NRW DGB

nrw.dgb.de

TRINKGELD STATT MINDESTLOHN

„Das Gesetz über den Mindestlohn steckt voller Fehler. Geringqualifizierte und Beschäftigte in den klassischen Trinkgeld-Branchen sind zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht. Hochschulabsolventen wird der Berufseinstieg über Praktika erschwert, da diese kaum mehr angeboten werden. Der bürokratische Aufwand, der mit dem Gesetz einhergeht, belastet besonders kleine und mittlere Unternehmen schwer. Die Liste der Konstruktionsfehler ließe sich noch lange fortsetzen. […] Es ist höchste Zeit die Macken dieses Jobkiller-Gesetzes offen anzugehen und zu beheben, bevor der bereits entstandene Schaden noch deutlich gravierendere Ausmaße annimmt. "

Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD, Pressemitteilung vom 28. April 2015:
https://www.alternativefuer.de/2015/04/28/petry-schluss-mit-ideologiegeladener-arbeitsmarktpolitik/ (abgerufen am 1. Februar 2016).

Anmerkung: Im Entwurf des Parteiprogramms vom 23. März 2016 scheint die AfD eine ganz andere Position einnehmen zu wollen:
Der Text befürwortet überraschenderweise den Mindestlohn, wenngleich Aufzeichnungspflichten weiter kritisiert werden. Was gilt nun?

AfD, Parteiprogramm der Alternative für Deutschland: Leitantrag der Bundesprogrammkommission, 23. März 2016:
https://assets.documentcloud.org/documents/2773859/AfD-Programmentwurf.pdf (abgerufen am 23. März 2016).

Seit dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland. Seitdem müssen alle Beschäftigten wenigstens 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Fast zehn Jahre hatten die Gewerkschaften dafür gekämpft, und nun zeigt sich: Der Mindestlohn ist ein voller Erfolg. Es gab keine Jobverluste. Das Gegenteil ist der Fall: Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit wie heute. Die Anzahl sozialversicherter Beschäftigungsverhältnisse ist seit Inkrafttreten des Gesetzes gestiegen. So gab es Ende Juni 2015 bereits 500.000 neue sozialversicherte Arbeitsverhältnisse.
3,6 Millionen Menschen verdienen nun deutlich mehr.
Das ist einer der wichtigsten Erfolge der deutschen Gewerkschaften.

Vom Mindestlohn profitieren vor allem Minijobber und Beschäftigte in der Nahrungsindustrie, der Gastronomie, dem Wach- und Sicherheitsgewerbe und den persönlichen Dienstleistungen. Frauen kommen die neuen gesetzlichen Regelungen besonders zugute.

1

STREIKEN WIE BARBAREN

„Die Mitbestimmung hat zur Schwächung des deutschen Wirtschaftsstandortes beigetragen."
„Streik und Aussperrung sind barbarische Kampfmittel aus der Zeit des Frühkapitalismus."

Behrendt, Hermann: Mandative Demokratie. Eine Realutopie. Düsseldorf 2011, S. 367; 363.

Hermann Behrendt ist Jurist. Im AfD-Landesverband Nordrhein-Wesfalen war er stellvertretender Landesvorsitzender. Nach monatelangen Auseinandersetzungen mit Marcus Pretzell (Pretzell ist dem nationalkonservativen, Behrendt war dem wirtschaftsliberalen Flügel der AfD zuzurechnen) trat er im Mai 2015 zurück.

Rechtspopulisten geben gerne vor, die „kleinen Leute" zu repräsentieren und sich für eine Verbesserung der Lebensumstände von Beschäftigten einzusetzen.

Doch sozialpolitische und arbeitsrechtliche Forderungen sind z. B. innerhalb der AfD noch kaum zu vernehmen. Die AfD ist von ihrer Gründungsgeschichte her stark geprägt durch einen Wirtschaftsflügel, der neoliberale Ansätze vertritt. Arbeitnehmerrechte sollen erheblich eingeschränkt werden; sie seien wirtschaftsfeindlich. Häufig tritt diese Forderung in Zusammenhang mit einem nationalistischen Ton auf, der Arbeitnehmerrechte gegenüber einem imaginären Volksinteresse moralisch abwertet.

Die Gewerkschaften lehnen diese Wirtschaftspolitik strikt ab.
Wir verteidigen Errungenschaften wie Gewerkschaften, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte. Um tariflichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, braucht es das Streikrecht. Das DGB-Grundsatzprogramm stellt klar: „Das durch das Grundgesetz geschützte und demokratisch legitimierte Streikrecht ist als Mittel der gewerkschaftlichen Gegenwehr und der sozialen Gestaltung unverzichtbar."

Aussperrung hingegen lehnen Gewerkschaften ab. Da Arbeitgeber die wirtschaftliche Macht haben, brauchen sie nach gewerkschaftlicher Auffassung kein gesondertes Arbeitskampfmittel.

2

KLIMASCHUTZ ADÉ

„Die Klimaschädlichkeit des anthropogenen CO2 ist in der Fachwelt hoch umstritten, der deutsche Anteil am weltweiten CO2 Ausstoß ist verschwindend gering. Solange die Hauptemittenten von CO2 (BRIC - Staaten) die CO2-Vermeidung Deutschlands zu einem globalen Nulleffekt machen, lehnt die AfD die deutsche CO2-Vermeidung auch mit Hilfe von CO2-Zertifikaten als ‚Klimaschutzmaßnahme' ab."

AfD Baden-Württemberg, Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 48:
http://www.alternativefuer-bw.de/wp-content/uploads/Landtagswahlprogramm_AfD_2016.pdf (abgerufen am 18. März 2016).

„IPCC und deutsche Regierung unterschlagen jedoch die positive Wirkung des CO2 auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr es davon in der Atmosphäre gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus."

AfD, Parteiprogramm der Alternative für Deutschland: Leitantrag der Bundesprogrammkommission, 23. März 2016:
https://assets.documentcloud.org/documents/2773859/AfD-Programmentwurf.pdf (abgerufen am 23. März 2016).

Der Fünfte Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (englisch: Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) kommt zu dem Schluss: Der Klimawandel ist eine eindeutige Tatsache. Menschliche Aktivitäten, insbesondere der Ausstoß von Kohlendioxid (also CO_2), sind mit mindestens 90-prozentiger Sicherheit die Hauptursache dafür. Die Schädlichkeit von CO_2 ist also, anders als von der AfD behauptet, nicht „hoch umstritten".

Der DGB und seine Gewerkschaften zweifeln diese Tatsache nicht an. DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell erklärt: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Seine gefährlichen Auswirkungen müssen begrenzt werden, indem das 2-Grad-Ziel eingehalten wird. Dafür ist weltweit eine schrittweise Dekarbonisierung der Wirtschaft notwendig – genauso wie Innovationen und Investitionen in neue Technologien für mehr Energieeffizienz. Nur so gibt es Chancen für einen nachhaltigen Wohlstand und mehr Lebensqualität. Unsere Aufgabe als Gewerkschaften ist es dafür zu sorgen, dass dieser Wandel sozial gerecht für die Beschäftigten abläuft und Gute Arbeit dabei ein Grundprinzip ist."

3

EINFACH UND UNGERECHT

„Wir fordern eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhof'sche Steuermodell."

AfD, Programm für die Bundestagswahl 2013:
https://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/ (abgerufen am 18. März 2016).

Nach dem Steuermodell, das Steuerrechtler Paul Kirchhof 2001 vorstellte, soll der Spitzensteuersatz von aktuell 45 Prozent auf 25 Prozent gesenkt werden. Das Modell sieht daneben unter anderem vor, Pendlerpauschalen zu kürzen und die Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen aufzuheben. Würde das Kirchhof'sche Steuermodell realisiert werden, profitierten vor allem Reiche. Beschäftigte hingegen hätten Nachteile: So würde eine Oberschwester jedes Jahr netto 4,3 Prozent weniger Lohn erhalten und eine Familie mit mittlerem Einkommen 3,1 Prozent. Das zeigen Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.
Ein weiterer Nachteil wären laut WSI riesige Einnahmeausfälle von bis zu 26 Milliarden Euro, die zu einem verschärften staatlichen Sparkurs führten (WSI-Diskussionspapier Nr. 120).

Kürzungen bei den notwendigen Investitionen in Straßen und Brücken, für Bildung und soziale Sicherung wären die Folge. Die AfD will also die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößern.

Der DGB hingegen fordert, dass Vermögende, reiche Erben und Spitzenverdiener mehr zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen: „Es braucht z. B. eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine wirkungsvolle Erbschaftsteuer sowie eine höhere Einkommensteuer für Reiche. Vor allem gilt es, die pauschale Abgeltungssteuer abzuschaffen: Vermögenseinkommen müssen versteuert werden wie Einkommen aus Arbeit!" (klartext Nr. 04/2016).

4

„BLOCKPARTEIEN“

„Sie finden bei uns Menschen […], die erkennen, dass die Blockparteien, wie sie heute im Bundestag präsent sind, in eine Richtung spazieren; dass es keine Unterschiede mehr gibt, und dass ihnen eine einzige Zielrichtung gemein sind: nämlich das Volk zu bevormunden und nach ihrem Willen zu regieren, ohne den Bürger, ohne Sie zu fragen.“

Armin-Paul Hampel, Rede in Hamburg, zitiert n. Video von Nachschau!, 18. August 2015:
https://www.youtube.com/watch?v=b7xrsw2E5lA (abgerufen am 25. Februar 2016).

Armin-Paul Hampel war Journalist des MDR und arbeitete u. a. als ARD-Korrespondent in Berlin.
Er wurde 2013 zum Landesvorsitzenden der AfD Niedersachsen gewählt. Seit 2015 ist er Beisitzer im Bundesvorstand der AfD.

Die Bezeichnung „Altparteien“ oder „Blockparteien“ wird von rechtspopulistischen Gruppen gerne dafür genutzt, um alle in den Parlamenten vertretenen Parteien schlechtzumachen. Die Bezeichnung rückt unsere heutige Demokratie in die Nähe der DDR. Armin-Paul Hampel deutet damit an, dass die Parteien über die Köpfe aller Bürgerinnen und Bürger oder eines vorgestellten „Volkswillens“ hinweg regieren würden. Gleichzeitig wird allen gesellschaftlichen Gruppen – auch Gewerkschaften – und Parteien eine Gleichschaltung unterstellt. Rechtspopulisten nutzen diese Anschuldigungen, um sich als „Widerstand“ gegen „das System“ darzustellen und ihre eigentlichen Absichten zu vernebeln.

Diese Darstellung unterschlägt die tatsächliche Vielfalt in demokratischen Gesellschaften: Einzelne verfolgen ebenso wie Gruppen zum Teil widerstreitende Interessen. So kämpfen beispielsweise der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Arbeitgeberverbände versuchen dagegen, Interessen der Arbeitgeber durchzusetzen. Auch Parteien verfolgen unterschiedliche Inhalte, haben unterschiedliche Ausrichtungen, Werte und Schwerpunkte. Bei rund 80 Millionen Deutschen ist es schlicht unsinnig, von einem einheitlichen Volkswillen auszugehen. Der Gedanke, dass das ganze „Volk“ einen Willen habe, ist zutiefst undemokratisch.

5

„AUSMISTEN“

„Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteifilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.“

Markus Frohnmaier, Vorsitzender der Jungen Alternative, zitiert n. Deutschlandfunk, 29. Oktober 2015:
http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article_id=335345 (abgerufen am 1. Februar 2016).

Markus Frohnmaier ist im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg und ist Bundesvorsitzender der Jungen Alternative für Deutschland.
Frohnmaier gehört dem nationalistischen Flügel der AfD an.

Rechtspopulistische Gruppen stellen sich häufig als Opfer einer „Gesinnungsdiktatur“ dar. Sie meinen damit die Übereinkunft von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, dass Politik und Gesellschaft sich auf dem Boden des Grundgesetzes entwickeln. Rechtspopulisten selbst sehen sich als die alleinigen Vertreter des „Volkes“. Damit setzen sie ihre Meinung absolut und stellen andere Meinungen als schädlich dar. Andersdenkende können Frohnmaiers Aufruf nur als Bedrohung verstehen.

Die Gewerkschaften stehen demgegenüber für eine offene und tolerante Gesellschaft: „Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit jeher unser Handeln“, heißt es im DGB-Grundsatzprogramm. Wir fordern eine fortschreitende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, in der sich alle Menschen beteiligen und für ihre jeweiligen Interessen eintreten können: in Betrieb, Schule, Studium und allen anderen Bereichen.

6

„LÜGENPRESSE“

„Nochmal zum Verinnerlichen: Das Merkelsche Wahrheitsministerium weist Journalisten an, z.B. nur POSITIV über Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik der Regierung zu berichten. Sind wir hier in Nord-Korea, oder was? Wir haben es mit gezielter Irreführung der Menschen zu tun! Mit seriöser, ausgewogener Berichterstattung hat das nichts, aber auch GAR NICHTS zu tun!“

Rede von Tatjana Festerling vom 18. Januar 2016 in Dresden:
http://www.tatjanafesterling.de/download/160118_Dresden_TF.pdf (abgerufen am 25. Februar 2016).

Tatjana Festerling war bis Frühjahr 2015 Mitglied der AfD Hamburg; sie trat aufgrund umstrittener Äußerungen zu den Demonstrationen von „Hooligans gegen Salafisten“ aus der Partei aus. Sie wechselte nach Dresden zu Pegida („Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und wurde dort Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahlen. Sie tritt als Rednerin für Pegida auf und kann als „Pediga-Frontfrau“ bezeichnet werden.

Pegida- und AfD-Anhänger behaupten, dass die Medien durch die Regierung gesteuert werden. Die sogenannte „Lügenpresse“ betreibe eine einseitige Meinungsbildung, die Fakten ausblende oder manipuliere. Die Unterstellung der „Lüge“ ist zentral: Die Anhänger von Pegida und AfD gehen davon aus, dass es eine einfache, absolute Wahrheit gebe, die nur von ihnen ausgesprochen wird. Journalistinnen und Journalisten hingegen misstraut man grundsätzlich und unterstellt ihnen Propaganda. Sie wurden bereits häufig von Rechtspopulisten angegriffen und beschimpft. Pegida und AfD selbst nutzen Informationen gezielt, um ihre Weltsicht zu untermauern. Damit agieren sie so, wie sie es der „Lügenpresse“ vorwerfen.

DGB und Gewerkschaften setzen sich für Presse- und Rundfunkfreiheit sowie für eine Vielfalt der Medienlandschaft ein. DGB-Medienexpertin Sabine Nehls spricht sich deutlich für die Meinungs- und Pressefreiheit aus: „Sie zu bewahren und zu verteidigen, sie mit Leben zu erfüllen und nicht vor Fanatikern und ‚Wutbürgern‘ zurückzuweichen – dafür steht auch der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Mitgliedsgewerkschaften. Demokratische Gesellschaften leben davon, dass es ohne Gefahr möglich ist seine Meinung zu äußern.“

„VERFLUCHTE HEUCHLER“

„Es geht um unsere Identität als freiheitlich aufgeklärte Europäer! Ich bin heute nicht Brüssel sondern nur eins: Wild entschlossen diesem Treiben ein Ende zu setzen! Jetzt werden Sie nämlich wieder irgendetwas sein. Sie waren Charlie, sie waren Paris und jetzt sind alle Brüssel oder gar Belgien. Nur werden alle so damit beschäftigt sein, gegen rechte Hetzer aufzustehen und zu demonstrieren, dass sie dabei vergessen, etwas dagegen zu tun, dass es bald heißt: Ich bin Berlin, Rom, Malmö und Rotterdam.
Damit ihr eure nutzlosen Bilder nicht immer austauschen müsst, ein kleiner Tip: #IchbinWelt
Das passt immer und vor allem immer öfter, ihr verfluchten Heuchler. Heute sind wieder Menschen gestorben und es werden weitere sterben, so lange ihr selbst nicht wisst, wer ihr wirklich seid und wofür ihr steht. Es geht nämlich um unsere Identität als freiheitlich aufgeklärte Europäer!“

Marcus Pretzell, Vorsitzender der AfD Nordrhein-Westfalen, am 22. März (dem Tag nach den Terroranschlägen in Brüssel) auf Facebook: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=944059602326162&id=516475415084585 (abgerufen am 23. März 2016).

Während in rechtspopulistischen Kreisen zumeist deutsch-nationaler Pathos kultiviert wird, spricht Pretzell als AfD-Mitglied des Europäischen Parlaments hier von „unsere[r] Identität als freiheitlich aufgeklärte Europäer“. Hiermit grenzt er die Menschen aus, die nicht aus Europa stammen, sowie diejenigen, die in Pretzells Augen nicht wissen, „wofür [sie] steh[en]“.

Letztere, die Solidarität mit den Opfern der Terroranschläge und ihren Angehörigen zeigen, werden mit „ihr verfluchten Heuchler“ tituliert. Pretzell beschuldigt sie, an dem Tod der Terroropfer eine Mitschuld zu tragen. Das ist widerwärtig.

8

DIE SPRACHE DER UNMENSCHEN

„Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen. […] Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab.“

Alexander Gauland, stellvertretender Bundessprecher der AfD, zit. n. Zeit-Magazin, 10/2016, 25. Februar 2016, S. 36.

Alexander Gauland ist Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg. Er war über 40 Jahre CDU-Mitglied. Mit Bernd Lucke, Konrad Adam u. a. gründete er 2013 die „Wahlalternative 2013“, aus der die AfD hervorgegangen ist. Gauland gilt als nationalkonservativ.

Die Forderung nach einer Grenzschließung für Geflüchtete ist allen rechtspopulistischen Gruppen gemein. Dabei nutzen sie häufig Furcht einflößende Bilder und sprechen z. B. von einem „Flüchtlings-Tsunami, der alles wegspült“. Diese Bilder bemüht auch Alexander Gauland, wenn er sagt, man dürfe sich nicht „überrollen“ lassen. Damit stellt er Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, als Bedrohung dar.

Gleichzeitig setzt er sie zynisch mit Wasser gleich: Menschen auf der Suche nach Hilfe seien wie ein Wasserrohrbruch. Kinder, die auf Unterstützung angewiesen sind, wird unterstellt, „uns“ zu „erpressen“ – also bewusst eine Handlung zu begehen, um eine Reaktion zu erzielen.

Gauland fordert, die „grausamen Bilder auszuhalten“. Obwohl die AfD sich häufig darauf beruft, das „christliche Abendland“ zu verteidigen, wirft sie hier sämtliche Kerngebote des Christentums über Bord. Statt Nächstenliebe fordert sie Abschottung.

Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen diese Einstellung entschieden ab; so beschlossen sie auf dem DGB-Bundeskongress 2014: „Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg, politischer oder geschlechtsspezifischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland und in der EU selbstverständlich Aufnahme finden, individuell Asyl beantragen können und einem zügigen, fairen Verfahren anerkannt werden.“

9

SCHIESSBEFEHL

Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert?

Petry: Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt.

Und wenn er es trotzdem tut?

Petry: Sie wollen mich schon wieder in eine bestimmte Richtung treiben.

Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?

Petry: Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.

Frauke Petry, Bundessprecherin der AfD, zitiert n. Mannheimer Morgen, 30. Januar 2016:
http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328 (abgerufen am 1. Februar 2016).

In diesem Interview wird Frauke Petrys Fremdenfeindlichkeit zu einem offenen Aufruf zu Mord und Totschlag. Sie überschreitet bewusst demokratische Grenzen, um Aufmerksamkeit zu erzielen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek, weist ihre Äußerung zurück: „Die Aussage der AfD-Vorsitzenden zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge entlarvt radikales und menschenverachtendes Gedankengut." Kein deutscher Polizist würde schießen, betont Radek: „Wer ein solches radikales Vorgehen vorschlägt, will offenbar den Rechtsstaat aushebeln und die Polizei instrumentalisieren. So etwas hatten wir schon einmal in der deutschen Geschichte, und das wollen wir nie wieder."

„FESTUNG EUROPA“

„Die EU führt so dazu, daß unsere kulturelle Substanz und unser Wohlstand durch bürokratische Gleichmacherei und durch zügellose Migration gleich doppelt Schaden nehmen. Die EU ist die Vernichtung Europas! Eine solche EU brauchen wir nicht! Was wir bräuchten, wäre ein Bund von Staaten zur Verteidigung gegen Feinde und Eindringlinge: Freiheit nach innen, Härte nach außen! Was wir bräuchten, wäre keine EU, sondern eine Festung Europa!“

Benjamin Nolte und Dubravko Mandic von der Patriotischen Plattform, 13. November 2015:
http://patriotische-plattform.de/blog/2015/11/13/die-eu-vernichtet-europa/ (abgerufen am 25. Februar 2016).

Benjamin Nolte und Dubravko Mandic gehören der Patriotischen Plattform an, die 2014 von AfD-Mitgliedern gegründet wurde. Sie ist nationalistisch ausgelegt und versteht sich als Verteidigerin „nationaler Interessen“. Dabei steht sie sowohl der Gruppe um Björn Höcke und André Poggenburg nahe als auch neurechten Denkern wie Götz Kubitschek. Sie fordert eine Aussöhnung mit Pegida („Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“) aus Dresden.

Rechtspopulisten betonen eine kulturelle Besonderheit der europäischen Länder. Kultur sehen sie als starr und unveränderbar an. Daher fordern sie eine „Festung Europa“, um ein aus ihrer Sicht gefährliches „Vermischen“ von Kulturen zu verhindern.

Dieser Begriff von Kultur ist rassistisch, da er davon ausgeht, dass Kultur ethnisch definiert ist und sich nicht entwickelt oder verändert.

Die Europäische Union (EU) ist aus Sicht der Gewerkschaften keine politische Vereinigung zur Ausgrenzung und Diskriminierung anderer Länder. Im Kern ist die EU eine Wertegemeinschaft für Menschenrechte, die sich auch international für friedliche Entwicklungen einsetzen soll.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind europäische Ideale, die die Gewerkschaften teilen. Wir wollen, dass die EU auch künftig Frieden und Wohlstand in Europa garantiert. „Gewerkschaften haben als große Friedensbewegung eine besondere Verantwortung, für die europäische Idee einzutreten“, heißt es auch im DGB-Grundsatzprogramm.

„ZWÖLF UNGLÜCKSJAHRE“

„Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“

AfD Sachsen-Anhalt, Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, S. 1:
http://www.afd-lsa.de/start/wp-content/uploads/2015/08/Wahlprogramm_31102015v2.pdf (abgerufen am 18. März 2016).

Die Forderung nach einem „Schlussstrich“ unter die Aufarbeitung der Verbrechen Deutschlands zur Zeit des Nationalsozialismus verbindet alle rechtspopulistischen Gruppen. Sie fordern, Menschen nationalistisch zu einem positiven Bezug zu Deutschland zu erziehen. Die Thematisierung der Verbrechen im Nationalsozialismus ist deshalb für rechte Gruppen hinderlich dabei, ein einseitiges, positives Bild der deutschen Nation zu zeichnen.

Die Verbrechen im Nationalsozialismus sind in der Menschheitsgeschichte einmalig. Es handelt sich dabei nicht um eine Naturkatastrophe, wie das Wort „Unglücksjahre“ vorgibt, sondern um das größte Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden verfolgt, gefoltert und in Konzentrationslagern ermordet, weil sie für ihre Interessen, Werte und Ideale einstanden.

Aufgrund dieser Geschichte müssen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Erinnerung an die Taten des Nationalsozialismus wachhalten, damit sich diese Ereignisse nie wiederholen können. Der Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Menschenverachtung ist ein wichtiges Ziel des DGB und seiner Gewerkschaften.

…, DEUTSCHLAND, ÜBER…

„Die weiterführenden Schulen sollen nicht nur für die fachliche Qualifikation der Schüler sorgen, sondern auch Staatsbürger heranbilden. Dazu gehören ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität. Zu diesem Zweck müssen die Lehrpläne überarbeitet werden."

AfD Sachsen-Anhalt, Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, S. 15:
http://www.afd-lsa.de/start/wp-content/uploads/2015/08/Wahlprogramm_31102015v2.pdf (abgerufen am 25. Februar 2016).

In Schulen, genauso wie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sollen Menschen sich zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Dazu gehört, dass sie Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verstehen und kritisch würdigen können. Die Erziehung zu einem positiven Nationalgefühl, wie sie die AfD und andere rechtspopulistische Gruppen fordern, soll genau das aber nicht leisten. Menschen sollen sich aus ihrer Sicht vor allem über ihre Nation oder ihr „Volk" identifizieren. Damit wird eine kritische Betrachtung von deutscher Geschichte, Nationalismus und falschem Patriotismus verhindert.

Die Identität der Einzelnen macht sich nicht nur an „Volk und Nation" fest, sondern setzt sich aus vielen Aspekten zusammen: Beruf, Ehrenamt, Hobbys, Musik, Freunde, Weltanschauung u. v. m. Man ist nicht nur Deutsche, sondern auch Frau, hat einen Beruf, macht Musik und hat eine eigene Geschichte. Dieser Vielschichtigkeit jeder Person erteilt die AfD mit ihrer Forderung eine Absage.

STILLGESTANDEN!

„Schule ist auch eine Sozialisationsinstanz. Neben grundlegenden Kulturtechniken müssen deshalb ebenso die klassisch preußischen Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein vermittelt werden. Um solche Tugenden zu vermitteln, bedarf es Autorität, weshalb die Stellung des Lehrers auch und gerade schulrechtlich zu stärken ist."

AfD Sachsen-Anhalt, Wahlprogramm Zur Landtagswahl am 13. März 2016, S. 14:
http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf (abgerufen am 25. Februar 2016).

Die AfD orientiert sich in ihrer Bildungspolitik an Sekundärtugenden, die allen Jugendlichen vermittelt werden sollen. Doch mit diesen Tugenden kann man auch eine Verbrecherbande organisieren. Denn sie sind für sich genommen nicht werteorientiert. Der Ansatz der AfD fördert Uniformität und passt in elitäre Gesellschaften mit starren Hierarchien. Die AfD wünscht sich das Konzept der autoritären Erziehung. Individuelle, demokratische Bildungsansätze spielen keine Rolle, sondern werden strikt abgelehnt.

Hingegen definiert das DGB-Grundsatzprogramm als Bildungsziel den kritischen Umgang mit Wissen und Werte wie Solidarität und Toleranz. Moderne Gesellschaften brauchen ein Bildungssystem, das Menschen befähigt, ihre Persönlichkeit zu entwickeln sowie Kompetenzen und demokratische Wertehaltungen zu erwerben. Bildung ist eine unverzichtbare Grundlage für eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft.

VOM „GIFT“ DER GLEICHSTELLUNG

„Und deswegen ist der grün-rote Bildungsplan eigentlich zu begrüßen: Er verspritzt das Gift der Genderideologie nicht mehr tröpfchenweise, sondern kommt in einer Klarheit und Gewalt daher, die nun den Widerstand nachgerade zur Pflicht machen.“

Gastkommentar Beatrix von Storch bei kath.net vom 3. April 2014:
http://kath.net/news/45490 (abgerufen am 25. Februar 2016).

Beatrix von Storch ist stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD. Sie sitzt für die AfD im Europäischen Parlament.

AfD und andere rechtspopulistische Gruppen kämpfen gegen die „Genderideologie“. Darunter verstehen sie die Gleichstellung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Identität. Die AfD fordert stattdessen, dass ausschließlich eine Mann-Frau-Beziehung anerkannt und gefördert wird. Dabei beruft sie sich auf eine christliche Lehre, die sie als traditionell und unveränderbar propagiert. Auch wendet sie sich entschieden gegen die sexuelle Aufklärung von Jugendlichen, die sie als „Gift“ bezeichnet.

Die AfD schränkt mit der Verunglimpfung von „Genderismus“ die Freiheit der Einzelnen in ihrer Sexualität ein und greift damit tief in die Privatsphäre jedes Menschen ein.

Der DGB und seine Gewerkschaften hingegen kämpfen aktiv gegen „Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus Gründen des Geschlechts [...] oder der sexuellen Ausrichtung“ (DGB-Satzung).

KINDER, KÜCHE, KIRCHE

„Der grün-rote Kampf gegen die angebliche allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne ‚Gender-Mainstreaming' geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschichtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel."

AfD Baden-Württemberg, Landtagswahlprogramm der AfD Baden-Württemberg, S. 6:
http://afd-bw.de/wahlprogramm/ (abgerufen am 25. Februar 2016).

Gender-Mainstreaming hat zum Ziel, alle Entscheidungen aus dem Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu betrachten und diese Gleichstellung voranzutreiben. Dabei geht es nicht darum, geschlechtliche Identitäten aufzulösen, sondern darum, Diskriminierungen abzubauen.

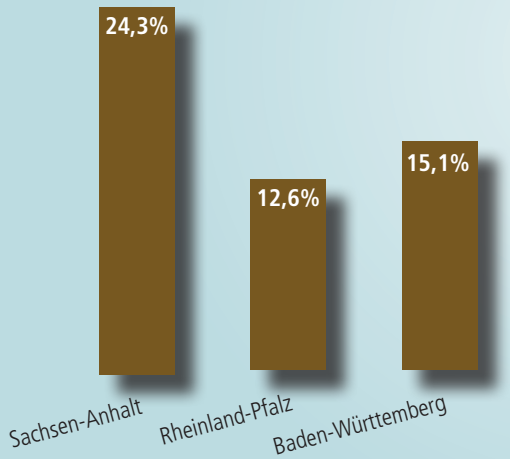
Rechtspopulistischen Gruppen ist Gender-Mainstreaming ein Dorn im Auge, weil sie Menschen allein auf ihre Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit und ihre Funktion in der Gesellschaft festlegen wollen: Männer als Alleinernährer, Frauen für Kinder, Küche, Kirche. Auch Lebenspartnerschaften sind für die AfD nur legitim, wenn sie einen Zweck erfüllen: die Zeugung und Erziehung von Kindern. Der Freiheit der Einzelnen, das eigene Leben selbst zu gestalten, erteilen rechtspopulistische Gruppen damit eine Absage.

Demgegenüber setzen sich der DGB und seine Gewerkschaften für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. So nennt die DGB-Satzung als eine Aufgabe: „die Vertretung der Interessen der Frauen […] mit dem Ziel der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft".

ANREGUNGEN ZUR DISKUSSION

DIE WÄHLERINNEN UND WÄHLER DER AFD SIND NICHT DIE AFD

Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen am 13. März 2016:



Rund die Hälfte der AfD-Wählerinnen und -Wähler wollten „der Politik" mit ihrer Stimme einen Denkzettel verpassen. Das zeigen die Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF[1]. Sie hätten anders gewählt, wenn…? Darüber müssen wir gemeinsam diskutieren, ohne menschen-, gewerkschafts- und demokratiefeindliche Inhalte zu verharmlosen.

Es gibt uns zu denken, wenn eine Landespartei mit zum damaligen Zeitpunkt gerade einmal 240 Mitgliedern[2] 24 Sitze im Landtag gewinnen kann. Das ist der AfD in Sachsen-Anhalt gelungen.

1 Forschungsgruppe Wahlen: Grafiken zu Wahlen 2016: http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Grafiken_zu_aktuellen_Wahlen/Wahlen_2016/ (abgerufen am 23. März 2016).

2 Der Spiegel, Nr. 12/2016.

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISTEN

NRW DGB

Impressum
Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB-Bezirk NRW
Friedrich-Ebert-Str. 34 – 38
40210 Düsseldorf
http://nrw.dgb.de

Verantwortlich: Andreas Meyer-Lauber

Redaktion: Christoph Alt, Kathrin Biegner, Mark Haarfeldt (Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.), Marc Neumann, Nils Padberg, Eric Schley

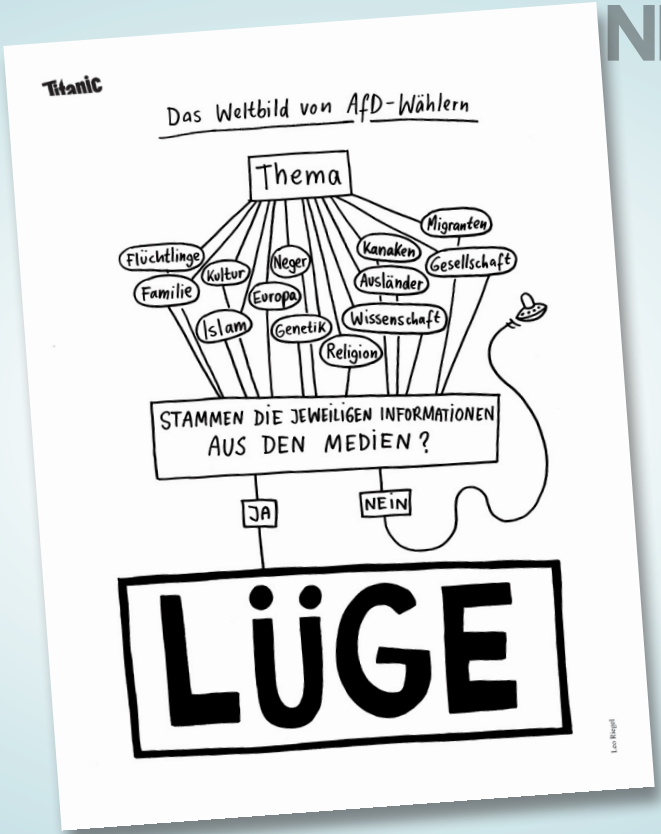
Wir danken der Redaktion der Titanic für die freundliche Abdruckerlaubnis für den Titel und Rücktitel der Ausgabe 3/2016.

Düsseldorf, März 2016

nrw.dgb.de

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISTEN

NRW DGB



nrw.dgb.de